

# Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 2,60 Mk., vierteljährlich 7,80 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung  
der Freien Stadt Danzig  
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene Zeile 60 Pfg., von auswärts 75 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-gespaltene Reklamazeile 200 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 20 Pfg. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3290.

Nr. 39

Montag, den 16. Februar 1920

11. Jahrgang

## Polen gegen die Auslieferung Sahms. Gegen Sahms Auslieferung.

### Protest der Danziger Stadtverordneten.

Das grausame Dokument von Versailles, auf dem der siegestrunke Militarismus der Entente in noch nie dagewesener Rachgier dem erschöpften Deutschland den „Frieden“ diktierte und die Welt verteilte, enthält fast keine Bestimmung, die nicht das Entsetzen jedes ehrlichen Friedensfreundes erregen muß. Die erste Sorge darüber, ob dieser „Frieden“ der Welt tatsächlich auch nur für einige Zeit eine blutige Auseinandersetzung ersparen wird, bewegt selbst viele vorurteillose Politiker in den Ländern der Entente. Die von uns bereits hervorgehobenen Missetaten in den bevorzugten Ländern des „Völkerbundes“ zeugen lebhaft genug für den wirklichen Stand der Dinge.

So sehr nun auch dieser „Friedensvertrag“ in fast allen seinen Bestimmungen ein abschreckendes Zeugnis militärischer Brutalität und Unkultur ist, so gibt es doch vor allem eine Forderung, durch die er offenkundig in die Zeit der Wildheit und Barbarei zurückgeht. So und nicht anders muß gerade ein Sozialdemokrat als Freund der Versöhnung der Völker urteilen. Es empört vor allem, daß dieser Alt höchster Gerechtigkeit, wie ihn die Entente-Mächte nennen, über eine fast unbegrenzte Zahl Deutscher das ungewisse Schicksal, das je Menschen bedroht hat, verhängen. Mit den 900 Angeklagten, die man bisher aus den Veröffentlichungen des „Hohen Rates“ herauslesen konnte begnügt sich keineswegs die Verfolgungssucht der ehemaligen Feinde Deutschlands. Ihre Liste enthält auch noch eine nicht geringe Zahl nicht näher bezeichneter „Kriegsverbrecher“, die auf die ungewissen Anhaltspunkte noch erst ermittelt werden sollen.

Die Weltgeschichte hat schon den ungezügeltsten Uebermut machtberauschter Sieger in den abstoßendsten Formen gesehen. Etwas derartiges wie diese Auslieferung, um die militärischen Führer Deutschlands vor ein Nachgericht ihrer Feinde zu schleppen, ist noch nicht dagewesen. Die Verbannung Napoleons nach Elba und St. Helena war gewiß ein Gewaltakt des englischen Siegers. Sie wurde aber wenigstens mit einer gewissen inneren Folgerichtigkeit begangen und gab sich ehrlich als gewalttätige Brutalität. Einst, in der Hunnenzeit, wurden den hohen Häuptlingen die zu Sklaven gemachten gefangenen Feinde mit in das Grab gesandt. Und den Triumphwagen der römischen Imperatoren und ihrer Heerführer mußten die vornehmsten ihrer verschlagenen Gegner als Sklaven beim Einzuge in Rom folgen. Auf der gleichen Stufe unmenslicher Erniedrigung steht die Auslieferungsforderung derselben Entente, die die Deutschen als Hunnen und Böses geschmäht hat und sich anmaßlich die Aufgabe der höchsten Verebelung aller menschlichen Beziehungen gestellt hat.

So unerhört die Auslieferungsforderung im allgemeinen ist, so überschlägt sie sich geradezu selbst in der Anwendung der Auslieferungsforderung gegen Männer, wie den Danziger Oberbürgermeister Sahm. Das können wir mit um so stärkerem Nachdruck betonen, als uns mit ihm keinerlei engere Beziehungen verbinden. Trotz aller Mühe war nicht einmal zu ermitteln, weshalb man Sahm, der doch überhaupt nicht mehr deutscher Reichsbürger ist, anlagte. Man erfuhr nur, daß die Polen seine Auslieferung verlangen. Ueber ganz unklare und in keiner Weise fahbare Andeutungen gingen einige polnische Blätter aber nicht hinaus.

Nun brachten unsere soeben aus Warschau zurückgekehrten Danziger Genossen recht erfreuliche Kunde in dieser Auslieferungsangelegenheit mit. Sie konnten feststellen, daß Polen die Auslieferung Sahms nicht nur nicht gefordert hat, sondern daß sich der polnische Landtag neuerdings sogar auf Befehl der sozialdemokratischen Fraktion ausdrücklich dagegen erklärt hat. Wir geben hierzu nachstehend den uns von den zurückgekehrten Genossen gegebenen Bericht wieder:

### Bezüglich der Auslieferung des Oberbürgermeisters Sahm

hat nach Bericht unserer gestern aus Warschau zurückgekehrten Genossen der polnische Landtag in der vergangenen Woche Stellung genommen. Der polnische Landtag verurteilt sowohl das Auslieferungsverlangen der Entente im allgemeinen als auch das Begehren nach Auslieferung des Oberbürgermeisters Sahm im besonderen. Erst durch die bekannten Veröffentlichungen in der Presse hat der polnische Landtag von dem Antrage um Auslieferung des Oberbürgermeisters Sahm Kenntnis erhalten. Aus Gründen der Gerechtigkeit und zum Beweise des Friedenswillens protestierte der polnische Landtag einstimmig gegen die Auslieferung.

Dazu wird uns ferner folgendes berichtet:

Der polnische sozialdemokratische Klub (Fraktion) des Landtages in Warschau hat die Angelegenheit aufgerollt. Unsere Danziger Genossen haben in Warschau die Frage mit den polnischen sozialdemokratischen Abgeordneten besprochen und erfahren, daß man in Warschau heute noch nicht weiß, wie überhaupt der Name Sahm auf die Auslieferungsliste gekommen ist. Nach Nachfragen in hiesigen Kreisen ergaben sich folgende Tatsachen, daß der damalige Ernährungs-  
bureau Sahm als nachgeordnete Stelle die Anordnungen

müssen. Daß er sich damit bei den Kriegsverhältnissen Freunde nicht hat schaffen können, ist leicht begreiflich. Die Ernährungsbehörden Deutschlands, aber ebenfalls der anderen Staaten Europas, sind überall mehr oder weniger unbeliebt gewesen, weil sie die Wünsche der notleidenden Bevölkerung unmöglich erfüllen konnten und deshalb die Rolle des Prätelstabs durchzuführen hatten. Jedenfalls hat man unseren Danziger Genossen trotz eingehenden Befragens und Verlangens niemals Einzelheiten gegen Oberbürgermeister Sahm angeben können, sondern sich stets nur auf die Erklärung beschränkt, daß er die Ernährung durchzuführen hätte und sich damit Feinde geschaffen habe. Zu diesen Feinden gehören ferner polnische Kreise, die zwar trotz der Ernährungsdiät Sahm keine Not gekostet haben, weil sie sich zu helfen in der Lage waren, die aber aus nationalistischen, also leicht begreiflichen Gründen die Not der Bevölkerung zur Propaganda gegen die Befehlsbehörden und deren Beamten Sahm ausnützten. Interessant war, daß man auf Befragen zwar anderen Beamten nachsagte, man könnte ihnen Unredlichkeiten nachweisen, ja, daß man hierbei bekannte andere Namen nannte, daß man aber zugab, bezüglich Sahm sei dergleichen nichts bekannt. Unsere Genossen haben jedenfalls die Ueberzeugung mitgebracht, daß von den zuständigen Warschauer Stellen die Auslieferung nicht nur nicht verlangt oder befürwortet ist, sondern daß man gerade dort protestiert.

Es wäre interessant, wenn die Danziger Polen sich mal in ihren eigenen Kreisen ein wenig darum bekümmerten, wie nun eigentlich der Name Sahm auf die Auslieferungsliste gekommen ist. Die Danziger polnischen Zeitungen haben seit der Ankunftsrede Sahms in wütenden Ausfällen alles mögliche fertig gebracht. In Warschau versteht man, daß die polnischen Zeitungen nie Vorwürfe gegen Sahm wegen seiner Lässigkeit oder Handlungen aus der Kriegszeit erhoben haben. So lange ein Gegenbeweis nicht erbracht worden ist, bleibt nur der Verdacht, daß Danziger polnische Elemente modern hincum hincum Wien nach Paris ausfindig gemacht und ausgenutzt haben. Mit solchen Mitteln wird sich Polen aber in den Kreisen gerecht denkender Danziger keine Sinsinnes erwerben.

Trotz der — auch für die Beurteilung gewisser Entente-Praktiken — aufsehenerregenden Feststellung, daß Polen die Auslieferung Sahms nicht verlangt hat, besteht die Forderung an sich leider noch immer fort. Deshalb gehen wir nachstehend den Protest wieder, den sämtliche Fraktionen der Danziger Stadtverordnetenversammlung, sogar mit Einschluß der Unabhängigen, in voller Einmütigkeit an den jetzt endgültig zum Oberkommissar Danzigs bestellten Vertreter des Völkerbundes, Reginald Lower, gerichtet haben.

Sw. Czjellenz, dem gegenwärtigen Inhaber der Staatsgewalt des zu begründenden Staatswesens der Freien Stadt Danzig, erlauben sich die unterzeichneten gewählten Vertreter der Danziger Bürgerschaft in der Stadtverordnetenversammlung folgendes zu unterbreiten:

Auf der im Namen der alliierten Mächte in Berlin überreichten Liste der gemäß Artikel 228 des Versailler Vertrages auszuliefernden Personen befinden sich dem Vernehmen nach auch die Namen Danziger Bürger, darunter der unseres Oberbürgermeisters Sahm. Im Interesse unserer staatlichen Souveränität erheben wir hiermit Protest dagegen, daß Danziger Bürger vor ausländische Gerichte gebracht werden sollen. Liegt ein nach Danziger Gesetzen strafbares Verbrechen vor, so gehören sie vor die Danziger Gerichte.

Das Auslieferungsverlangen Danzig gegenüber ist staatsrechtlich unhaltbar und steht im Widerspruch zu den Artikeln 228 und 105 des Friedensvertrages.

Nach Artikel 228 ist zwar der deutschen Regierung die Verpflichtung auferlegt worden, alle Personen auszuliefern, die ihr auf Grund einer Anklage wegen Verstoßes gegen die Gesetze und Gebote des Krieges bezeichnet werden. Dabei kann es sich aber nur um deutsche Reichsangehörige handeln, da die deutsche Regierung nur über solche zu verfügen vermag.

Nach Artikel 105 ist dagegen ausdrücklich bestimmt, daß mit dem Inkrafttreten des Friedens die im Gebiet der Freien Stadt Danzig wohnenden deutschen Reichsangehörigen „die deutsche Reichsangehörigkeit verlieren und Staatsangehörige der freien Stadt Danzig werden“. Mithin sind auch Herr Sahm und die übrigen in der Auslieferungsliste etwaigen genannten Danziger nicht mehr deutsche Reichsangehörige und unterstehen nicht der deutschen Reichsregierung. Sie sind Bürger eines anderen Staates, der Freien Stadt Danzig geworden, die unter dem Schutze des Völkerbundes steht, als dessen Oberkommissar Sw. Czjellenz bestellt sind.

Wir empfinden daher das Auslieferungsverlangen als einen Widerspruch zu der uns gewährtesten Freiheit, als einen schmerzhaften Eingriff in die Selbstständigkeit unseres Freistaates. Insbesondere ist zu befürchten, daß die Forderung auf Auslieferung Danziger Bürger von ungünstigen Folgen für unser Verhältnis zu den polnischen Mitbürgern begleitet sein wird, was dann mit friedensverderblich zusammenzuführen

bestrebt sind, und unbillig für unabsehbare Zeit würde damit der Keim schwerster Mißlichkeiten in den Grund unseres Staatswesens gesenkt werden.

Darum wenden wir uns an Sw. Czjellenz mit der ver frauensoollen Bitte, diese unsere Darlegung würdigen und dafür sorgen zu wollen, daß an die Freie Stadt Danzig die Auslieferungsforderung nicht herantritt, oder, wenn es geschehen sollte, unerfüllt bleibt. Die Gewährung dieser Bitte würden die Bürger mit Dank begleiten und als ein günstiges Vorzeichen für die Zukunft besonders begrüßen.

Es folgen die Unterschriften der drei Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung sowie der Vorstehen der Fraktionen der Deutschnationalen, der Wirtschaftlichen Vereinigung, der Deutschdemokraten, des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Unabhängigen.

Im Anschluß hieran können wir mitteilen, daß der Oberkommissar Reginald Lower bereits am 12. Februar eine Abordnung des Magistrats, bestehend aus Bürgermeister Dr. Bail und den Stadträten Neumann und Dr. Schwarz, die ihn um seine Hilfe gegen die Auslieferungsforderung ersuchte, empfangen hat. Er versicherte den Vertretern der Stadt seines größten Wohlwollens. Er versprach, sofort an den Rat der alliierten Hauptmächte in gleichem Sinne zu berichten; die Angelegenheit werde gewissenhaft geprüft werden.

Die Sprache der Diplomaten scheint überall die Gedanken zu verbergen. Wir sind aber doch recht neugierig, zu erfahren, wie der Oberkommissar über die Feststellung, daß die Polen Sahms Auslieferung gar nicht fordern, urteilen wird.

### Verzicht der Entente auf die Auslieferung?

Die „Friedens“konferenz der Entente, die von Paris nach London verlegt worden ist, beschäftigte sich mit den Antworten auf die Note Deutschlands und Hollands in der Frage der Auslieferung.

An die holländische Regierung wurde das Schreiben bezüglich der Auslieferung desormaligen Kaisers endgültig abgeschlossen und von Lloyd George unterzeichnet. Der Wortlaut der Note wird am Montag veröffentlicht werden. Einer Havas-Neuer-Meldung zufolge ist die Note nach Holland abgegangen.

Ueber die Antwortnote an Deutschland liegen noch keine amtlichen Nachrichten vor. Nach den Mitteilungen, die die Pariser Presse von den Sonderberichterstattern erhält, die Ministerpräsident Millerand nach London beiseite, ist Freitag die Antwortnote der Alliierten auf den am 25. Januar gemachten deutschen Vorschlag fertiggestellt und nach Berlin telegraphisch übermittelt worden. Es scheint, daß die Note durch den französischen und englischen Geschäftsträger in Berlin überreicht und nicht wie bisher durch das Generalsekretariat der Friedenskonferenz dem Vorstehen der deutschen Friedensdelegation in Paris übermittelt werden soll.

Nach einer Privatbesuche des Sonderberichterstatters des „Temps“ aus London seien hinsichtlich der Frage der Auslieferung beträchtliche Abänderungen an dem ursprünglichen Text gemacht worden. Die Alliierten verweigern sich darauf, von Deutschland Auslieferung derjenigen zu verlangen, die während des Krieges Hilfe beantragen hätten, die gegen die Befehle der Menschlichkeit verstoßen.

Dagegen schreibt Saint-Drice im „Journal“, daß die Entente das Auslieferungsverlangen habe fallen lassen, und zwar für sämtliche Angeklagten ohne Ausnahme. Eine Bestätigung dieser Meldung liegt noch nicht vor.

### Das Schicksal von Konstantinopel.

Paris, 15. Febr. Wie die „Times“ schreiben, in gestrigen zwischen den drei alliierten Ministerpräsidenten beschlossen worden, die Türken in Konstantinopel zu belassen, aber eine europäische Kontrolle über die Meerenge aufzurichten. Die Grenzen der europäischen Türkei sind noch nicht festgesetzt worden. Von der asiatischen Türkei habe man noch nicht gesprochen, jedoch bemerkt, daß sie nicht geteilt werden sollte.

Eines der Ziele der Entente während des Weltkrieges war die Vertreibung der Türken aus Europa. Konstantinopel sollte als „Freie Stadt“ dem Völkerbund unterstellt werden. Amerika hat jedoch das ihm von der Versailler Friedenskonferenz angebotene Amt des Verwalters und Schirmherren von Konstantinopel abgelehnt. Ursprünglich war auch die Aufteilung der asiatischen Türkei geplant. In den letzten Monaten hat sich jedoch in der Türkei das Nationalgefühl bedeutend gestärkt. Bei den kürzlich stattgefundenen Wahlen zur türkischen Nationalversammlung haben die Jungtürken, die im Oktober 1918 ausgepflegt zu haben schienen, die Mehrheit erlangt. In Vorderasien haben verschiedene türkische Heerführer erfolgreich den Kampf gegen die Ententetruppen aufgenommen. Das alles hat die Staatsmänner der Entente veranlaßt, in der türkischen Frage ihren Standpunkt zu ändern und den Türken ihre staatliche Selbstständigkeit zu lassen.

## Volksabstimmungen.

Die erste Volksabstimmung, die über die erste Zone des Abstimmungsgebietes von Nord-Schleswig zu entscheiden hatte, konnte nicht anders als zugunsten der Dänen ausfallen. Dem deutschen Volk geht es heute wie einem von hundert Seiden geplagten Mann. Es weiß kaum noch, was ihm weh tut und wo es ihm schmerzt. So sei denn gesagt, daß kein Grund vorliegt, über das verlorene Stück Land im Norden ein Wehgeschrei anzustimmen. Das Ergebnis der Abstimmung ist so klar und unzulässig, es entspricht so sehr den ethnographischen Verhältnissen des Landes, daß es unbedingt als eine echte Willensäußerung der Bevölkerung angesehen werden muß. Die deutsche Minderheit, die sich dem Willen der Mehrheit fügen muß, hat grausame Unterdrückung nicht zu fürchten. Denn Dänemark ist ein Land von hoher demokratischer Kultur. Man wird die dänischen Staatsbürger deutscher Sprache schon deshalb nicht hindern, die Kulturgemeinschaft mit dem deutschen Volke fortzusetzen, weil Dänemark selbst eine solche Kulturgemeinschaft mit Deutschland pflegt. Daß nicht alle Deutschen bis auf den kleinsten Rest in einer einzigen staatlichen Gemeinschaft vereinigt sein können, mag man bedauern, muß es aber als eine wenn auch sehr schmerzliche empfundene Tatsache hinnehmen.

Wenn also gegen die Volksabstimmung in der ersten Zone Vorwürfe vom demokratischen Standpunkt aus kaum gemacht werden können, so ist mit diesem Einzelurteil das Fehlen der Volksabstimmungen, durch die die Staatszugehörigkeit festgestellt werden soll, noch keineswegs erledigt. Es bedarf noch ernstlicher Untersuchung, inwiefern die jetzt vorzunehmenden Volksabstimmungen dem Geist wirklicher Demokratie entsprechen.

Von dem demokratischen Recht auf Selbstbestimmung unterscheidet sich das augenblicklich gegebene Abstimmungsrecht schon dadurch, daß es nur einmal ausgeübt werden kann und für alle Zeit unwiderrufliche Resultate liefern soll. Das Wesen der Demokratie besteht darin, daß das Volk Herr über sich ist, was es begangen hat, wieder torrigieren kann. In diesem Sinne hat man das Stimmrecht mit der sogenannten Range verwechselt, die die Wunden wieder heilt, die sie schlägt. Für die Volksabstimmungen zur Feststellung der Staatszugehörigkeit gilt aber das Wort: „Das erste Recht ist frei, beim zweiten sind wir Knechte.“ Die neuen Grenzen Deutschlands werden zum Teil durch Volksabstimmungen festgelegt, dann aber sind sie laut Friedensvertrag für alle Zeit unveränderlich. Die Volksteile, die durch Mehrheitsbeschluß haben, in eine neue Staatsgemeinschaft einzutreten, können, auch wenn sich ihr Wille wieder ändert, auf keinen Fall mehr heraus.

Da die Volksabstimmung unwiderrufliche Ergebnisse liefert, kommt es natürlich ganz besonders darauf an, zu welchem Zeitpunkt und unter welchen Umständen sie vorgenommen wird. Und da muß gesagt werden, daß es eine Paradoxie der Demokratie ist, wenn man die Abstimmungen im Anschluß an einen Krieg stattfinden läßt, und zwar so, daß sie auch im besten Fall dem celtischen Staat nur Verlust bringen können, aber keinen Gewinn. Man hat die Deutschen Südtirols, die Deutschen der Endetenländer ohne weiteres an Italien und an die Tschecho-Slowaken vertrieben, ohne sie nach ihrem Willen zu fragen. Man hat den Reichsdeutschen Deutsch-Osterreichs verboten, sich durch Ausübung ihres Selbstbestimmungsrechts an Deutschland anzuschließen. Man hat Dania und Memel ohne Abstimmung dem deutschen Mutterlande entzogen! Man hat Volksabstimmungen nur dort zugelassen, wo man als ihr Ergebnis eine Schwächung Deutschlands erhofft.

Der Wille der Gegner, nicht Berechtigte zu üben, sondern Deutschland zu schaden, tritt sehr deutlich in den verschiedenen Abstimmungen des Abstimmungsgebietes hervor, die man einzeln betrachtet. Wo man ein Ergebnis gegen Deutschland mit Sicherheit erwartet, ist die Abstimmung am stärksten. Wo man mit einer entschiedenen deutschen Mehrheit rechnen muß, wird entweder ohne Volksabstimmung angetreten oder diese zum Zerbrochen gemacht. So muß bekanntlich in Eupen-Malmédy jeder, der das Verbleiben bei Deutschland will, sich in öffentliche Listen eintragen lassen. Nun ist erst kürzlich ein belgischer Gelehrter über die Liquidation deutschen Eigentums in Belgien herausgefunden. Dieser bestimmt, daß das Eigentum der Deutschen von Eupen-Malmédy auf altbelgischem Boden im allgemeinen nicht liquidiert werden soll, daß es aber liquidiert werden soll, wenn diese Deutschen für das Verbleiben bei Deutschland stimmen. Das ist die Freiheit, die man in Belgien meint.

Gerade wer den Grundgedanken des Selbstbestimmungsrechts der Völker als das Höchste im internationalen Völkerleben anerkennt, wird finden müssen, daß dieses Recht durch die Volksabstimmungen des Friedensvertrags am allerwenigsten gewahrt wird. In einzelnen Fällen mag dadurch Recht geschaffen werden. Im allgemeinen aber hat man nur den Schein eines Rechts mißbraucht, um Unrecht zu begehen.

Nach dem Ergebnis der ersten schleswig-holsteinischen Abstimmung wird der sozialdemokratische „Schleswig-holsteinische Volksrat“ aus Flensburg geschrieben:

„Was zu befürchten war, ist eingetreten. Die Dänen haben in der ersten Zone eine feste Mehrheit insgesamt erzielt. Lyngby, Apenrade und Sonderburg haben deutsche Mehrheiten. Aus der Abstimmung hat ergeben, daß weit über die skandinavische Linie hinaus das deutsche Element vorwaltet ist. Eine gerechte Grenze müßte demnach nördlich Lyngby-Lingby liegen und bei der deutschen Mehrheit in Apenrade und Sonderburg sollten die Dänen aufhören, die Stadt Flensburg zu verwalten. Es wird nicht leicht sein, Städte mit einer so großen Anzahl deutscher Einwohner, wie Sonderburg, Apenrade und Lyngby in das dänische Staatsgebiet einzugliedern. Käme zu ihnen noch Flensburg, so müßte das kleine Dänemark, das einen Nationalitätenstreit viel weniger zu ertragen vermag, die große Staaten, sicher recht viel Arbeit darauf verwenden, mit allen Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben, fertig zu werden. Die praktische Anbahnung dänischer Bezirke nicht in deutsche verwandeln konnte, so wenig werden auch die zwangsmäßig zu Dänemark gebliebenen Deutschen zu guten Bürgern ihres Staates werden.“

Wird die internationale Kommission dem Völkerrichten dienen, so muß sie alles tun, um eine Grenze zu schaffen, die dem Willen der Einwohner entspricht. Nur wenn sie kommt, ist es möglich, daß Nord-Schleswig die Brücke wird, die Deutschland mit Skandinavien verbindet. Schließlich sorgen die Arbeiter-Revolutionen mit dafür, daß bei der Abstimmung in der zweiten Zone eine so überwältigende deutsche Mehrheit erreicht wird, daß in der internationalen Kommission die Rechte der Deutschen bis nördlich Lyngby und Lingby geschützt werden.

Wer nicht abschließlich die nationale Verfassung erheblicher deutscher Minderheiten will, muß die Forderung, daß die Grenze endgültig erst nach der Abstimmung festgelegt wird, auch für die in West- und Ostpreußen stattfindenden Abstimmungen erheben!

## Aus dem Lande der Freiheit.

Ein früher in der deutschen Partei tätiger Genosse schreibt uns unter dem 19. Januar 1920 aus New York einen interessanten Stimmungsbericht über die politischen Zustände in Amerika. Den wir im Auszug zur Veröffentlichung für sehr wertvoll halten. Nach dem Hinweis darauf, daß nach Wiederherstellung normaler Zustände mancher deutsche Arbeiter die Lust verspüren könnte, nach dort zu kommen, heißt es in dem Briefe:

„Vormag will ich bemerken, daß man jeden Genossen abraten sollte, nach Amerika zu reisen, denn dies ist nicht mehr das Land der Freiheit. Die amerikanischen Freiheitskämpfer haben so viel Freiheit und Demokratie nach Europa gebracht, daß hier nichts mehr übrig geblieben ist. Genosse Eugen B. Debs verübte eine zehnjährige Zuchthausstrafe für eine Rede, die ihm im früheren Deutschland vielleicht ein halbes Jahr eingebracht hätte. Genossin Nellie Richards wurde für fünf Jahre für eine ähnliche Rede. Die fünf Mitglieder der alten Partei-Exekutive erhielten je 20 Jahre Zuchthaus. Sie sind unter je 10 000 Dollar Bürgschaft auf freien Fuß gesetzt worden, bis zur Entscheidung über ihre Berufung an das Bundesobergericht. Die Zehn- und Zwanzigjährige-Zuchthausurteile für Reden oder Flugblattverteilung hängen nur so herunter. Streiks werden durch Einhaltsbefehle unterdrückt. Der Kapitalismus feiert wahre Dreien, und die einheimische Arbeiterschaft schläft. Viktor Berger wurde zum zweitenmal gegen die vereinten Republikaner und Demokraten gewählt, aber der Kongreß läßt ihn einfach nicht zu. Fünf sozialistische Landtagsabgeordnete wurden einfach ohne jede Rechtsgrundlage suspendiert, d. h. hinausgeworfen. Trotz dieser Reaktion ist den Ultraradikalen unserer Partei nichts radikal genug. Sie haben die Partei im August 1919 gespalten. Jetzt gibt es hier außer der De Leonischen Sozialist Party noch eine Communist Party und eine Communist Labor Party. Die beiden letzteren behaupten auf dem Standpunkt von Spartakus zu stehen. Leider hat die Communist Labor Party auch unsere deutsche Sprachgruppe gespalten. Die New Yorker Volkszeitung haben sie gekapert, da seit dem Tode unseres alten Genossen Hermann Schärer einer ihrer Hauptmänner, Ludwig Gore, Oberredakteur ist. Die Berichte von unserer Sozialistischen Partei bringt sie nur noch unter der Rubrik, in der Berühmtheitsverleumdungen u. s. w. berichten. Durch ihre phrasenhaften Propagandaklärungen, hinter denen keine wirkliche Macht stand, haben sie die Reaktion nur noch mehr herausgeholt. Narren wurden abgeholt, und Hunderte von braven Kameraden, die früher zu uns gehörten, aber sich durch den radikalen Phrasenbrei verleiten ließen, der Communist Labor Party beizutreten, sitzen jetzt im Gefängnis auf Ellis Island. Darunter leiden sehr viele Deutsche. Alle die keine Bürger von Amerika sind, sollen deportiert werden. Man hat so gar vorgeschlagen, den naturabgewanderten Bürgern ihr Bürgerrecht wieder abzunehmen und sie dann zu deportieren. Das würde hat man Viktor Berger angedroht. Es steht zu hoffen, daß man gegen die Sozialisten in der nächsten Woche vorsteht.“

Wiel wird geschändet von Berichten über die Zustände in Deutschland, die die größten Schandtatzen über Deutschland und unsere dortige Partei berichten. Da die hierigen deutschen Genossen nur aus die Propaganda-Propaganda abnormiert sind und nur so leben und diese nicht mehr ihre Schere an die Welt bringen, aus der Spartakus-Quelle bringt, führt ihr auch denken, welche Verwirrung herrscht. Ist nicht auch anbei einen solchen Bericht...

Herr A. Krotzsch, der führende Londoner Korrespondent für den „Morning Post“ und die „New York Times“ ist hier während des Krieges in den Dienst der Regierung getreten und hat die renommierten „Friends of German Democracy“ (die unter der Parteiführung für die deutschen Demokratie eintraten) gegen Deutschland gelehrt haben. D. (Neb) gegendet.

## Die Hölle von Haimäskér.

Ein ungarischer Genosse, dem es gelang, aus Haimäskér zu entkommen, schreibt in der „Freiheit“ folgende „Höllenschilderung“, dem Organ der deutschen Sozialdemokratie in der Slowakei. Es ist unendlich, sich die Leiden dieser vorzustellen, die als Opfer der ungarischen Ordnungsbefehle im Internierungs-lager von Haimäskér ihrer Erlösung durch den Tod entgehen. Nur wenige der Internierten waren wirkliche Mitkämpfer der proletarischen Revolution. Die meisten sind Antirevolutionäre, die während der Diktatur den Sinn der proletarischen Revolution instinktiv gespürt und ihre Frachten der Arbeiterschaft zur Verfügung gestellt haben. Viele Frauen haben dort als einzige Schuld ihre Zugehörigkeit zur proletarischen Klasse, die Arbeit ihrer Männer, ihrer Brüder und Väter im Dienste des Sozialismus. Niemand weiß, wofür man ihn fracht. Denn die Internierung ist ja, so verflucht die ungarische Herrscherregierung, überhaupt keine Strafe. Ihre Verhandlung unterliegt keinem Justizverfahren, wird nicht, wie die Gefängnisurteile der Justiz auf einen gewissen Zeitraum befristet, sie soll nur die Gegenrevolution vor den „Verdächtigten“ schützen. Und der blind wütende Selbsthaltungstrieb der Gegenrevolution hält alle für verdächtig.

Die Nahrung der Internierten besteht aus einer Wasserlauge und 12 Dekagramm Brot für den ganzen Tag. Wöchentlich zweimal sind Fasttage vorbestimmt, an denen die Internierten nur schwarzen Kaffee erhalten. In der größten Kälte und im Regen müssen sie barfuß herumgehen, denn man hat ihnen ihr ganzes Schuhwerk fortgenommen und auch an Wäsche und Kleider nur das gelassen, was sie bei der Verhaftung auf dem Leib hatten. Da es unmöglich ist, sich bei der fürchterlichen Kälte in den Baracken zu entwickeln, bleiben die Häftlinge nachts auf dem Boden von Bretterbänken zerstreut und mit allen Hautpartien überhitzten Körper, jede sonstige Nahrung, auch Kuchenteig, ist den Gefangenen verweigert. Und inmitten wütet unter ihnen der Typhus, dem schon unzählige zum Opfer fielen. Die Erkrankten erhalten keine ärztliche Hilfe, bleiben in der Mitte ihrer noch geliebten Gefährten, bis sie wie Hunde verrotten sind und in der Kälte im Erdharn, die von Internierten gegraben werden müssen, vergraben werden.

Man geht bewußt darauf aus, alle Inassen des Internierungslagers auszurotten.

Viele dieser Unglücklichen beneiden die toten Kameraden. Täglich kommt es vor, daß einige Selbstmord zu verüben versuchen, da sie ihren Qualen, des Hungers, der Mißhandlungen durch die vertierten Wächter, der unzähligen Demütigungen überdrüssig sind.

Aber die meisten, in völliger Apathie verfallen, sind nicht einmal mehr zu solchen Verbrechen fähig. Wie Tiere leben sie von einem Tage zum anderen, ohne jede Hoffnung, daß einmal ihr Leiden ein Ende nehme.

## Deutschland.

### Der Verkehr mit dem Memelgebiet.

Durch den Friedensvertrag ist das Memelgebiet Ausland geworden. Für den Warenverkehr mit diesem Gebiet gelten daher an sich die gleichen Bestimmungen, wie für das übrige Ausland, d. h. Ausfuhr und Einfuhr bedürfen der Bewilligung des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung. Dem Wunsche der Memelbevölkerung, die alten wirtschaftlichen Beziehungen zum deutschen Reich aufrecht zu erhalten, der auch im deutschen Reich geteilt wird, beachtet die Reichsregierung so weit Rechnung zu tragen, als es sich mit den wirtschaftlichen Interessen des deutschen Reiches vereinigen läßt.

Um der Gefahr eines Loches im Osten vorzubeugen, bleibt es bei der Kontrolle der Aus- und Einfuhr. Bei der Behandlung der Aus- und Einfuhranträge wird jedoch dem Bedarf der Bevölkerung und der Industrie des Memelgebietes Rechnung getragen werden. Insbesondere soll der wirtschaftliche Verkehr mit der Provinz Ostpreußen erleichtert werden. Demnach werden Bewilligungen für die Ausfuhr von Waren aus Ostpreußen von dem Vertreter des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung in Königsberg grundsätzlich dann erteilt, wenn dem Antrage eine Bescheinigung der Handelskammer Memel beigefügt wird. Aus dieser Bescheinigung muß ersichtlich sein, daß der dem Antrage zugrunde liegende Vertrag vor dem 25. Januar 1920 abgeschlossen ist und daß die auszuführende Ware von dem Antragsteller verbraucht wird. So weit es sich um Rohstoffe oder Halbfabrikate handelt, bedarf es noch der Bescheinigung, daß die Ware im Betriebe des Empfängers verarbeitet wird und daß das Fabrikat im Memelgebiet verbleibt oder wieder nach dem deutschen Reich auszuführen wird. Für die Ausfuhr aus dem übrigen deutschen Reich sind die Ausfuhranträge bei dem Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung in Berlin bzw. den zuständigen Außenhandelsstellen unter Beifügung der erwähnten Bescheinigung einzureichen. Für die Einfuhr von Rohstoffen und Gernerzeugnissen aus dem Memelgebiet nach Deutschland sollen die erforderlichen Bewilligungen grundsätzlich ebenfalls von dem Vertreter des Reichskommissars in Königsberg erteilt werden.

### Marcus Curtius Schäferleben.

Der Kronprinz hat sich der Entente zur Verfügung gestellt, falls sie ihn für die 900 Auszubehrenden annehmen wollte; aber da es sein Herr Papa nicht erlaubte, ist er von diesem heldenmütigen Schritt wieder zurückgetreten. Troßdem streut die alldeutsche Presse Wehtrauch, und der fromme „Polenbote“ feiert ihn als eine moderne Neuauflage des heldenmütigen römischen Jünglings Marcus Curtius, der sich in den Abgrund stürzte, um sein Volk zu retten. Der neue Marcus Curtius hat es indes nicht so eilig, in den Abgrund zu springen. Und da ihm inzwischen die Zeit lang wird, beschäftigt er sich in Wieringen ähnlich, wie er sich seinerzeit in Charleville beschäftigt hat, wo ihm die Zeit auch lang wurde. Zu den Ohren seiner Anhänger in Deutschland muß etwas von der Wieringer Idylle gedrungen sein; denn der Korfbinder eines der vielen Schuhbünde, die sich in Deutschland für die Rettung der Hohenzollern aufgetan haben, schrieb neulich einen geharnischten Brief an den neuen Marcus Curtius, in dem es u. a. wörtlich heißt:

Wenn Eure Königlich Hoheit jetzt noch nicht das Schäferleben lassen, dann können wir nichts mehr für Sie tun.

„Oder Marcus Curtius! Statt in den Abgrund zu springen, hat er geschäftigt! Geschäftigt, daß es seine eigene Anhänger entkeht! Und vermußtlich wird er das noch weiter tun, denn es bekommt ihm viel besser, als wenn er sich Sorgen um das deutsche Volk macht, das ohnehin auf seinen Beistand gern verzichtet.“

## Polen.

### Ein polnisch-russischer Friede wahrscheinlich.

Die aus Warschau einlaufenden Meldungen lassen es fast zweifellos erscheinen, daß eine Aufnahme von Friedensverhandlungen zwischen Warschau und Moskau bevorstehen dürfte. Zunächst spricht dafür die Haltung der polnischen Presse, die mit nur vereinzelten Ausnahmen die Ansicht äußert, daß ein Friedensschluß mit der Sowjetregierung große Vorteile für Polen nach sich ziehen müßte und daß erst nach der Liquidation des Krieges im Osten der polnische Staat zur vollen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung gelangen könnte. Auch innerhalb des polnischen Reichstages scheint eine übernehmende Mehrheit, in erster Linie die Sozialisten und die gemäßigten Rechten, für einen Friedensschluß mit Sowjetrußland zu sein; in den am 5. Februar stattgefundenen Sitzungen der verschiedenen Kommissionen wurde übereinstimmend beschlossen, die Einberufung einer außerordentlichen Tagung des Reichstages am 6. Verhandlung über einen Friedensschluß mit Rußland zu fordern. Und schließlich scheint auch die polnische Regierung selbst für die Aufnahme von Friedensverhandlungen zu sein; der aus Warschau zurückgekehrte Minister des Auswärtigen, Patek, so die Vertreter der Warschauer Presse gegenüber sich dahin geäußert haben, daß aller Wahrscheinlichkeit nach es schon in kürzester Zeit zu direkten Verhandlungen zwischen Warschau und Moskau kommen dürfte.

Die polnische Presse gemißer Richtungen verlangt allerdings andere Sicherungen, die eine weitere Entwicklung des polnischen Staates ermöglichen. Auch Minister Patek führte in einem Groß gegenüber parlamentarischen Vertretern aus, daß Polen danach trachten werde, seine allmählich militärische Lage im Osten auszunutzen, um Friedensbedingungen zu erhalten, die die Grundlage zu einer breiten Entwicklung des Landes bieten.

## Sozialisierung im Baugewerbe.

Im Schwereckshaus in Hamburg fand am 5. und 6. Februar eine Konferenz der Leiter baugewerblicher Produktivgenossenschaften u. a. sozialisierter Baubetriebe statt. Sie wurde einberufen vom Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes, der vom Bauarbeiterverbandstag in Weimar den Auftrag zur Förderung der Sozialisierung bekommen hatte. An der Konferenz nahmen außer etwa 60 Delegierten sozialisierter Betriebe auch der Vorstand und Sekretär des Bauarbeiterverbandes sowie Vertreter fast aller anderen baugewerblichen Arbeiterverbände teil. Ferner hatten das Reichswirtschaftsministerium und der Reichskommissar für das Wohnungswesen, die Bauabteilung von Hamburg, der Magistrat der Stadt Kassel, der Zentralverband und die Großeinlaßgesellschaft deutscher Konsumvereine sowie eine Reihe anderer Körperschaften und Behörden Vertreter entsandt.

Ellinger-Hamburg hielt das einleitende Referat. Die Verhältnisse im Baugewerbe schreien zu einer Veränderung, die zuhelfe ist unhaltbar. Immer größer wird die Spannung zwischen Lohn und Baukosten, es drängt zur Sozialisierung auch aus anderen sozialwirtschaftlichen Gründen. Zur Entscheidung steht die Frage, welcher Weg zu beschreiten ist. Ob der Staat, die Gemeinden, selbständige Genossenschaften, ob Regiarbeit, oder ob Übertragung des Eigentums an die Organisation der Bauarbeiter der geeignete Weg ist. Er halte die Regiarbeit im alten Stil für verwerflich, das Ideal sei wohl die Arbeitsgenossenschaft, an die Baukosten, Geräte und Leitung zu liefern ist. Als zweite Gruppe kommen die selbständigen genossenschaftlichen Baubetriebe in Betracht, die Betriebsrichtung, Baukosten und Betriebsleitung selbst stellen. Ihre Zahl ist nicht groß, es fehlt an Mitteln und an geeigneten Leitern. Dann haben wir noch Bau- und Betriebsgenossenschaften, die sich nicht auf Übernahme von Arbeit beschränken, sondern selbst Wohnungen bauen und sogar andere Betriebe übernehmen.

Die Form ist die beste, die die meiste Gewähr bietet, in der Konkurrenz mit dem Privatkapital Sieger zu bleiben. An der Arbeiterschaft wird dies Problem nicht scheitern, sie hat volles Verständnis dafür. Die zweite wichtige Frage ist die Beschaffung des Kapitals, darüber sollen hier Beschlüsse gefaßt werden. Es bestehen heute wohl ein halbes Hundert genossenschaftlicher Baubetriebe, daneben einige Rohstoffgenossenschaften. Es müssen Formen gefunden werden, die vordringenden Ansätze zusammenzufassen; die Sozialisierung des Baugewerbes muß dadurch wirksam begonnen und durchgeführt werden.

Die Aussprache gab viele Anregungen. In ihrem Verlauf sprachen Vertreter der verschiedensten genossenschaftlichen Betriebe, die jeder für sich natürlich ihr System vertreten, in der Mehrzahl aber den rein genossenschaftlichen Betrieb vorzuziehen. Der Vertreter des Reichswohnungsamts Dr. Guffind vertrat die tätige Mithilfe in der Grund- und Bodenfrage und der Baustoffbeschaffung. Die Finanzierung werde in Zukunft nach der bebauten Bodenfläche pro Quadratmeter 160 bis 180 Mark betragen, die das Reich zuzuführen.

Allgemein wurde betont, daß Beschäftigte in genossenschaftlichen Betrieben erhöhte Arbeitsfreudigkeit zeigen; wichtig sei, daß die Arbeiter Einsicht in den Geschäftsbetrieb bekommen. Zusammenfassung aller Baugenossenschaften wurde gefordert, um der Sozialisierung die Wege frei zu machen. Die Gründung kleiner Genossenschaften ohne Kapital sei abwegig, da tritt höchstens zu den vielen Betrieben, die heute bestehen, ein neuer, mit Sozialisierung hat das nichts zu tun. Wichtig war die Mitteilung von Dr. Ziegler-Neustadt, der zugab, daß die Erfahrungen mit dem kommunalisierten Baubetrieb die denkbar besten sind, sämtliche Einwände sind hinfällig. Politische Hemmnisse müßten allerdings möglichst beseitigt werden. Der kommunalisierte Betrieb arbeitet viel billiger, wenn man in der Beschäftigung der Kräfte freie Hand hat.

Stadtbaurat Dr. Wagner hielt am zweiten Tage ein glänzendes Referat über die Gründung eines Verbandes sozialer Bau-

betriebe. Dem neu zu gründenden Verband sozialer Baubetriebe weist er unter anderem folgende Aufgaben zu: 1. Kreditgewährung und Kreditvermittlung an sozialisierte Baubetriebe (Versicherungswesen), 2. Finanzierung neuer Baubetriebe auf sozialisierter Grundlage, 3. Finanzierung von Baustoffbetrieben auf sozialisierter Grundlage, 4. Vermittlung von Baustoffen, Verkauf und Verleihung von Geräten und Geräten, 5. Vermittlung von Bauaufträgen und Übernahme von Bauaufträgen zur freien Hand und Weitervergabe an sozialisierte Betriebe, 6. Organisationsberatung und Rechtsauskunftsstelle.

Die finanzielle Grundlage des neuen Verbandes besprach Herr Thielicke-Berlin: Es müsse von vornherein festgestellt werden, daß als Führer am besten die gewerkschaftlichen Bauarbeiterverbände auftreten, um von Anfang an jeden kapitalistischen Verdacht auszuschließen. Aus verwaltungstechnischen Gründen schlägt er eine Aktiengesellschaft oder eine G. m. b. H. vor. Als Kapitalgeber kämen die Bauarbeiterverbände, die einzelnen Mitglieder, Siedlungs- und Konsumgenossenschaften, Gemeinden, Staat und Reich in Betracht. Redner legte einen ausführlichen Finanzplan vor.

Die Diskussion über die beiden Vorträge ging zuerst etwas in die Breite, sie spitzte sich aber immer mehr darauf zu, welche Form der neue Verband zu erhalten habe. Nur keinen Staatssozialismus rief ein Genosse aus Lübeck, Träger des Unternehmens muß die Gesellschaft, das ganze Volk, sein. Verschiedene Redner warnen vor Gründungen im Sinne der früheren Gewerkschaftshäuser, die durch Idealismus geschaffen, aus Mangel an Gemeinnützigkeit eingingen, oder kümmerlich vegetierten. Sehr hart gingen die Meinungen über die Aufbringung der Gelder auseinander; einige Redner wünschten Extrabeträge der Gewerkschaftsmitglieder in der Form von Sparanleihen bei entsprechender Verzinsung. Es gab auch vereinzelte Stimmen, die sich grundsätzlich gegen die Schaffung eines neuen Verbandes aussprachen, sie wollten den Bauarbeiterverband zum Träger des Sozialisierungsgebändnisses machen. Dagegen wendet sich entschieden Ellinger-Hamburg vom Bauarbeiterverband in grundsätzlichen Erörterungen, dagegen sei der Hauptvorstand für die Schaffung des neuen Verbandes. Die Mittel müssen von einem größeren Kreis aufgebracht werden in der Form eines Sozialisierungsfonds. Die Macht der Gewerkschaften wächst dadurch enorm. Seitens der Vertreter vom Bund der technischen Industriellen wurde tatkräftige Unterstützung zugesichert.

Schließlich nahm die Konferenz einstimmig eine Entschließung an, die zum Ausdruck bringt, daß das Baugewerbe ernstlich an die Durchführung der Sozialisierung gehen will. Die Konferenz beschloß:

„Die erste Konferenz sozialisierter Baubetriebe und Baugenossenschaften erklärt die Vergefechtung des Bau- und Wohnungswesens für eine unbedingte Notwendigkeit. Die Konferenz ermahnt zur Durchführung der Vergefechtung die Behörden der Regierungen, Behörden, aller gemeinnützigen Körperschaften sowie insbesondere auch aller Arbeiter und Angestellten.

Um zunächst die Vergefechtung der Baubetriebe kräftig und möglichst gradlinig voranzubringen, hält die Konferenz es für nötig, daß ein Verband sozialisierter Baubetriebe zur gegenseitigen Unterstützung gegründet wird. Die Konferenz spricht den Wunsch aus, der Deutsche Bauarbeiterverband möge im Verein mit weiteren interessierten Organisationen die Gründung des erwünschten Verbandes in die Hand nehmen.“

## Bewerkschaftliches.

### Streik der dänischen Schlächtereiarbeiter.

Am 1. November kündigte der Schlächtereiarbeiterverband in Dänemark den Streikvertrug. Gleichzeitig wurden neue Forderungen überreicht. Die Verhandlungen schleppten sich infolge der geringen Zugeständnisse der Handelschlächtereiarbeiter weiter hin. Das am 9. Januar dem Schlächtereiarbeiterverband überreichte Zu-

geständnis war so geringfügig, daß die Arbeiter es ablehnten. Seit dem 1. Februar befinden sich daher die Schlächtereiarbeiter im Streik. Der Streik erstreckt sich auf alle dänischen Exportschlächtereien. Vor Zugang wird gewarnt.

### Fachkongress der Gastwirtschaftsangeestellten.

Der Propaganda-Ausschuß für die Einheitsorganisation der gastwirtschaftlichen Angestellten beruft zum 20. April 1920 einen Fachkongress der freigewerkschaftlich organisierten gastwirtschaftlichen Angestelltenverbände ein. Für die Verhandlungen sind vier Tage in Aussicht genommen. Als provisorische Tagesordnung wird festgelegt: 1. Stellungnahme zur Einheitsorganisation. 2. Prinzipielle Forderungen der gastwirtschaftlichen Angestellten (Lohn, Prozenzsystem oder feste Löhne.) 3. Einheitsliche Berufsausbildung. 4. Frauenarbeit im Gastwirtsgerwerbe. 5. Betriebsratsgesetz. 6. Verschiedene Anträge.

### Ueber 6 1/2 Millionen englische Gewerkschafter.

Nach den neuesten Erhebungen betrug die Mitgliederzahl der Trade Unions bei einer Gesamtzahl von 1220 Gewerkschaften in Großbritannien für Ende 1918: 6 624 000, verglichen mit 5 647 000 Ende 1917; es ist also eine Zunahme von fast 20 Prozent zu verzeichnen. Darunter sind etwa 1 1/2 Millionen weibliche Mitglieder (eine Zunahme von 1/2); die Zahl der organisierten Landarbeiter hat sich verdoppelt.

## Soziales.

### Der Kampf gegen die Tuberkulose.

Dem bekanntesten und vielumstrittenen Forscher der Tuberkulose-Bekämpfung Professor Friedmann wurde bekanntlich durch die preussische Regierung eine Professur übertragen und in einem Berliner Militär-Lazarett Räume zur Verfügung gestellt. Vor einigen Tagen begann dort Professor Friedmann in Anwesenheit des Kultusministers und hervorragender Vertreter der Ärzteschaft seine Vorlesungen. Nach einigen Worten der Begrüßung betrat der Forscher das Katheder und zeichnete in kurzen Strichen die Geschichte der Tuberkulose-Bekämpfung. Von größtem Interesse war die Vorführung von Patienten, die mit dem Friedmannschen Mittel behandelt werden. Fast alle sagten übereinstimmend aus, daß sie meist nach sehr langer Zeit mit anderen Mitteln, die aber erfolglos blieben, sich in die Behandlung Friedmanns begeben und sofort nach Erhaltung der Einspritzung eine merkliche Besserung ihres Leidens feststellten. Nicht nur bei Erwachsenen, sondern auch bei Kindern hatte das Mittel dieselbe schmerzbringende Wirkung. Schon meist vierzehn Tage nach der Einspritzung konnten die Patienten ihre, oft recht lange unterbrochene Tätigkeit wieder aufnehmen. Interessant ist die kolossale Wirkung bei Knochen-Tuberkulose. Ebenso wurde ein Fall von Lungen-Tuberkulose nach langer erfolgloser Kur mit anderen Mitteln geheilt. Wenn auch die Schmerzen und äußerlichen Begleiterscheinungen der Tuberkulose schnell verschwinden, so leben die Tuberkulosebakterien trotzdem noch jahrelang im Körper weiter und werden erst allmählich durch das aus den Tuberkulosebakterien von Kalksalzen (Schilddrüse) gebildete Gegenmittel beseitigt. Diese Vorführungen konnten wohl auf die ganze Versammlung einen überzeugenden Eindruck. Es hieß zu erwarten, ob diese Behandlungsergebnisse der wissenschaftlichen Nachprüfung, die durch eine von der Regierung eingesetzte Kommission vorgenommen wird, Stand hält. Im Interesse der leidenden Menschheit ist das sicher zu wünschen. Verlangt man aber werden, daß endlich in diesem Kampf alle persönlichen Mächten niedergelegt werden. Es handelt sich doch nicht um die Person des Professors Friedmann, sondern um das von ihm entdeckte Mittel. Nur wenn alle persönlichen Momente ausgeklammert werden, wird es möglich sein, der Wahrheit zum Siege zu verhelfen, von der wir im Interesse aller Kranken wünschen, daß die Nachprüfung der Friedmannschen Theorie recht geben möge.

## Der Schandfleck.

Eine Vorgeschichte von Ludwig Angenruber.

(Fortsetzung.)

Der Burche sah auf das Mädchen herab. „Reinst du?“ dachte er. „Ich sollte fast selber glauben, aber danach frage ich jetzt nicht. Du, mit deiner Lustigkeit und deiner Bravheit, läufst mir auch zu viel über den Weg, hät dich, jetzt bin ich spielerisch wie ein kleiner Bub, lockt mich ein Kieselstein, ich hole ihn aus dem Bache und ländle damit, so lang es mich freut, dann werf ich ihn wieder weg. Wer weiß, wie sie dir nachfragen will, weil ich viel lieber dich gesehen möchte als dich, so bleibe halt im Wasser.“

„Nun, schau,“ sagte er, „gerade eben darum möcht ich gern mit dir den Anfang machen, weil du so hübsch in der Wäse zuhause einer Reindorfer Ferni und einer Mejerer Seferl liegst.“

Die Dorn wandte sich ab. So gingen sie neben einander her und die Reindorfer Franz fand noch oft Gelegenheit, ihm „sein loses Maul zu verbieten.“

Sie gelangten in das Dorf, aus dem Wirtshaus scholl ihnen Musik entgegen. Florian warf mit einem wilden Aufschrei seinen Hut in die Luft, fing ihn auf, drückte ihn tief in die Stirne und schlüpfte sich mitten hinein in das Gewühl der tanztüftigen und durstigen Gäste.

Die Mädel sangen nicht, sie lärmten so aufdringlich laut, und groß schlug das Sonnenlicht durch die fächernden Blätter an den oberen Zweigen der Bäume und an den Kronen der Bäume, längs des Waldweges, den Magdalena dahinschritt. Fernab lag die Straße, wo eine Begegnung sie hätte verstoßen oder zerstreuen können, das Auge ihrer Eltern folgte ihr nicht mehr und das wahrheitswidrige Geplauder von befreundeter Lippe war längst an ihrer Seite verstummt; sie fühlte sich allein und was sie auch darauf zu Gunste tat, daß sie ihren alten Beuten und der Jugend-Gespinnst gegenüber stark gelieben und über ihr Los gedacht, wie es der Vater nicht anders hätte sagen können: dagegen kam kein's, wie rechtchaffen das selbe es sonst meinen mag, — lange schon war der Zweig, den sie unter diesem Denken dort vom Busche gebrochen, ihrer Hand entglitten, gar weh überkam sie dem Gedanke, wie übel es doch sei, wenn der Mensch den Kopf gegen das Herz, all sein Behnzen gegen sein Empfinden auftrifft; aber schwere Tränen traten ihr in die Augen und überwältigt von dem Gefühl, — halt doch unglücklich zu sein, wie mit bald einem, — warf sie sich nieder auf den Rasen und drückte laut aufschreckend ihr Gesicht gegen das Stängel.

Ja, dagegen kann auch keiner, wie rechtchaffen derselbe es sonst meinen mag!

Blöckel aber raffte sie sich auf und eilte, wie flüchtend, den Waldweg entlang, hinaus auf die offene Straße. Bis dorthin, wo das Marktkreuz hersteht, ist ihr die Gegend bekannt, sie hat dieselbe viel hundertmal gesehen, von dort ab aber beginnt für sie die weite Welt, von der fast alle, die nach ihr ausgehen, Glück erhoffen und begehren; sie, die nur so ins Leben hereingeklopft ist, will dem Glück sein und für das bescheidenste Mädchen mit dem vollen Einkasse ihres ganzen Pflanzstümpfes bezahlen, denn sie hat nicht wie andere mit Geld und Welt dafür weit zu werden, daß sie da ist, sondern weil sie da ist.

Und als sie vorübergefahren war an dem gemauerten Pfeiler mit dem vom Regen verwahrlosten Bildhauer, da forderte der unwahrscheinliche Weg ihre Aufmerksamkeit, tausend und ein Segenswunsch ihr Auge, fernes und nahes Gescheh'n ihr Ohr; an allen Sinnen beschäftigt, von jedem Gedanken außer jenen an das „Jüngst-liegende, abgeleitet, ging sie wie tekumend an selbsten kleinen Dörfern und einsamen Weilern vorüber und gegen Abend, wie von dem Kommen eines Glückes herbeigeeilt, und schritt auf die Kreisstadt zu.

Was sie, von sich zurücklassend, die Leute fragte, was was diese, sie recht zu weisen, antworteten, sie behielt es nur die kurze Straße über, bis wo sie aus dem bedrückenden Gehalte der Stadt hinaus in einen ruhigen Gärtchen trat und der tosende Straßenlärm in dem stillen Schatten erlosch, zu dem Jahre ein alles, keines, freundliches Mütterchen sie hineinwinkte.

Dort saß in einem hohen Stuhle ein große, Mann, der Schick, der Lampe fiel auf sein Gesicht und Magdalena erkannte sofort in ihm ihren Oheim; das war Zug für Zug der Vater Reindorfer, nur noch einige Jahre älter und infolge dessen hinfälliger, aber so und nicht anders wird er aussehen, wenn er das gleiche hohe Alter erreicht, was sich ja bei seiner zähen Lebenskraft wohl erwarten ließ und das Mädchen auch vom Grunde ihres Herzens hoffte, trotzdem sie bald mit sich uneins wird, ob sie ihm damit Gutes wünsch.

Die alte Frau sagte dem Greise ziemlich laut ins Ohr, was da sei, sie müßte es mehrere Male wiederholen, dann nickte er und lächelte, es war ein verlorenes Leben und etwas wie Kerker lag dabei in den Augenspalten, denn es war nicht gewiß, ob er auch noch vorhanden wäre. Er griff die dargebotene Hand des Mädchens. „Je ja, je ja, vom Bruder Joseph, und wie groß da bist. Die große Schen, Frau, die Beste.“

„Das ist meine Schwester, die hat geheiratet, schon vorläufig.“

„So? Ja, die hat geheiratet.“

„Ja, bin die Vemi. Die Jüngste.“

„Na schau, na schau, das hab ich gar nit gewußt, daß der Bruder zwei Mädchen hat, von dir hat er mir ja gar nichts sagen lassen.“

„Aber er sagt, er löst noch eigens den Bruder Schwester zu euch nach der Stadt geschickt.“

„So, so, wann war denn das?“

„Es ist nun achtzehn Jahr' vorüber.“

„Achtzehn Jahr? Das ist doch späßig, ich kann mich darauf nicht b'sinnen und wie sein erstes zur Welt gekommen ist, das weiß ich noch wie heute. Das ist gewesen vor sechszend Jahren, da hat er, ohne anzukommen, dort die Luft heranzugelassen aufgehen und zum Glück herbeigerufen: Wie haben einen Anbren, was war ein laubers' Kind, ist ihnen aber nicht lange verblieben, das weiß ich noch ganz genau, — noch wie bei — — — — —“

„... und deine Schwester — — — — —“

„... den Kopf auf die Hand und dann — — — — —“

„... suchte ihn zu fassen, er wendete ihn und drückte ihn — — — — —“

„... auch oft, was schreibt er denn?“

Die alte Frau hatte während der ganzen Erzählung gegen das Mädchen ein paar Male mit dem Kopfe genickt und dann gar lächelnd die Augen zur Zimmerdecke aufgeschlagen. „Ja, was für Schwerm und Krieg macht einem ein so alter Mann! Sieh wollte sie bedauern lassen, ihn nicht für ihn geschick so alles, was sie konnte. Nun nahm sie den Brief und hatte alle Mädel, ihn dem ehemaligen Schulmeister verständlich zu machen.

„Armes Kind,“ sagte sie, „daß wir dich die Nacht über bei uns behalten, das versteht sich von selbst, das ist aber auch alles, was wir für dich tun können, zu Rat und Tat sind wir keinem mehr nütze, die Welt und die Leute sind uns fremd geworden, wir gehen nun schon vorweg wie gestochen und begraben. Ja, es ja wohl.“

Dem Mädchen war ein eben so schmerz, als kurzer Dorn zur Schilffelle angewachsen, dann sollte der alte Schulmeister zu Hilfe gebracht werden, der sagte sich aber nicht fahret, er hätte oft gütlichen Zusprechen ein jämmerliches Geleise, aller ärgerlichen Bedrückung ein belebendes Empfindungen entgegen und es bewerte gemauere Zeit bis er zur Ruhe kam.

(Fortsetzung folgt)



# Lokales.

## Wahnsinnige Grundstücks Spekulation.

Der Danziger Ausverkauf zeigt sich in besonders widerlichen Formen kapitalistischer Ausraubung bei dem Schacher mit Grundstücken und Gebäuden. Geradezu ein historisches Denkmal dieser Wucher-Spekulation stellt das bekannte Hotel „Danziger Hof“ dar. Es ist noch garnicht lange her, als der ursprüngliche Eigentümer Leubdas bedeutende Haus an Andree für 1 Million Mark verkaufte. Der Kauf ging aus Gründen zurück, die eine Uebervorteilung Andrees behaupteten. Bald darauf ging das Haus dann für 2 200 000 Mark an einen Dr. Herbst über. Vor einigen Wochen verkaufte dieser das Grundstück mit dem riesigen Gewinn von 800 000 Mark an einen Herrn Alex Braune aus Berlin, des Vertreters der Berliner „Olympia“ G. m. b. H., der die im Hause befindliche Kaminherde leitete. Jetzt ist das Hotel, und zwar nur das Haus ohne das Inventar, von der englischen „Lant British Trade Corporation“ für mehr als 5 Millionen Mark gekauft worden. Trotz des unsinnig hohen Gewinnes von über 2 Millionen Mark für Braune hat die englische Bank bei der notwendigen Berücksichtigung des Wertaunterschiedes tatsächlich noch nicht 500 000 Mark gezahlt!

Wie die „D. Allg. Ztg.“ wissen will, ist auch der Gebäudekomplex der am Kohlenmarkt belegenen Passage für etwa 8 Millionen Mark von dem bisherigen Eigentümer Franz Groß an Engländer verkauft worden. Groß kaufte die Häuser erst am 15. November 1919 von dem früheren Inhaber der Firma Ippiger, einem Herrn Jakob.

So geht der Ausverkauf des Danziger Grund und Bodens auch ohne Rücksicht auf die Mahnungen zur Wahrung nationaler Würde, unauffällig vorwärts. Der Wucher profitiert eben zu sehr.

Wenn die Dinge sich so weiter entwickeln, dann kommt es in Danzig bald dahin wie in London. Der Grund und Boden dieser Riesengruppe befindet sich im Besitz ganz weniger aristokratischer Familien, für die die erwerbstätige Bevölkerung eine weit in die Milliarden gehende Bodenrente erarbeiten muß. In Danzig hätten wir bei dieser vaterländischen Befähigung der Haus- und Grundbesitzer dann noch den Zustand erreicht, daß unsere urdeutsche Heimat tatsächlich auf englischen, polnischen und amerikanischen Boden steht! Dieser fast unvorstellbare Widerstand ist die Folge des „Patriotismus“ der kapitalistischen Profitgier!

Wußte es aber dahin kommen? Nein und abermals nein! Den ständischen Hotelwucher hätte die Stadterhaltung ganz leicht verhindern können. Bei nur ganz geringer Voraussicht hätte sie der Entwicklung dieser Spekulation durch den Erwerb der Hotels vorbeugen müssen. Es geht doch über das Maß des Erträglichen, daß sich jetzt in Danzig nicht mehr ein einziges bedeutendes Hotel in deutscher Hand befindet. Auch den Ausverkauf des anderen städtischen Grundbesitzes kann die Stadt sehr wohl verhindern. Mindestens kann sie vorbeugend wirken, indem sie sich allgemein bei Grundstückskäufen das Vorkaufsrecht sichert. Latentlos darf der ausländischen Enteignung Danzigs nicht länger zugehört werden.

## Gefährdung der Milchversorgung Danzigs.

In den letzten Tagen werden auf den Strecken der polnisch verwalteten Eisenbahn die vom Magistral geforderten Milchkanen nicht mehr befördert. Aus diesem Grunde ist der Stadt der Milchbezug aus polnisch-besetzten Gebieten, der bisher immer noch erfolgte, unmöglich gemacht. Verhandlungen mit den zuständigen polnischen Stellen schweben. Ob unter den bargelegten Verhältnissen die angestrebte Milchversorgung Danzigs noch aufrechtzuerhalten werden kann, erscheint sehr zweifelhaft. Verhandlungen sind im Gange und werden mit größter Beschleunigung geführt.

## Tagesordnung

zu Stadtkonferenzversammlung am Donnerstag, den 19. Februar, nachmittags 4 Uhr.

### A. Öffentliche Sitzung.

1. Antrag betreffend die Vertretung in den Ausschüß-Sitzungen.
2. Wahl: a) der Stadtschuldeputation, b) des Schulausschusses, c) des Büchereiausschusses, d) des Ausschusses zur Einführung einer Höchstgrenze für Mietsteigerungen, e) einer Gesundheitskommission, f) eines Beirates für den Degenerenten des Wohlfahrts- und Jugendamtes, g) eines Bezirksvorsitzers für den 27. Stadtbezirk, h) von 2 Mitgliedern für das Museums-Kuratorium, i) eines Bezirksvorsitzers für den 36. und 37. Stadtbezirk, k) einer Armen- und Waisenflegerin für die 24. Armenkommission, l) eines Ausschusses zur Abschätzung der Viehzucht, m) eines Mitgliedes für das städtische Münzabteil, n) eines 4. Bürgermitgliedes für den Ausschüß des städtischen Schlacht- und Viehhofes.
3. Antrag a) der „Freien Turnerschaft Danzig“, betreffend das hiesige Turnwesen, b) des Vorstandes und des Gesellen-Ausschusses der Schornsteinfegerkammer Danzig, betreffend Einrichtung von Lehrbezirken.
4. Anfrage eines Stadtkonferenzmitgliedes, betreffend Fehlen polnischer Wähler in den Wählerlisten.
5. Bewilligung: a) einer Hypothek für eine Kadaver-Verwertungsanstalt, b) von Mitteln für die Feuerbestattungsanlage, c) Erhöhung von Steuerumlagen für die Lehrer und Lehrerinnen an den Privatschulen Danzigs, d) von Mitteln zur Einrichtung eines Kantens für ehemalige Grenzschutzteilnehmer, e) eines Zuschusses zur Fürsorge für gefallene Frauen und Mädchen und für Gesangene, f) von Umlagenkosten 1. für einen städtischen Handelslehrer, 2. für einen städtischen Assistenten, g) Pensionierung eines Beamten.
6. Antrag von Stadtkonferenzmitglieden, betreffend Auswahl der städtischen Verwaltungsbeamten.
7. Eingabe der Bürgerwehr, betreffend Uebernahme in die Ordnungspolizei.
8. Eingaben: a) des Vorstandes der Verbraucherkammer, b) des Vorstandes der Verbraucher-Konferenz, c) des Ausschusses für Wohnungsbeschaffung, d) von Stadtkonferenzmitglieden, betreffend Arbeitslosen-Unterstützung.
9. Anfragen: a) eines Stadtkonferenzmitgliedes, betreffend Artilleriewerkstatt, b) von Stadtkonferenzmitglieden, betreffend die Heizung der Klimate im Gerichtsgebäude, c) von Stadtkonferenzmitglieden, betreffend die Fernheimindustrie.
10. Eingabe eines Bürgers Danzigs.
11. Anfrage eines Stadtkonferenzmitgliedes, betreffend den Schulunterricht polnischer Kinder.

### B. Besondere Sitzung.

12. Untersuchungen.
13. Anstellung a) von Feuerwehrgenossen, b) zweier städtischer Kaufleute, c) eines Leiters des städtischen Amtes, d) Pensionierung eines Beamten.
14. Bewilligung von drei Stellen und der Gehälter für Magistratssekretären, und Neubewertung über die in Aussicht genommenen Personen.
15. Geländeverkäufe.
16. Geländeverpachtungen.
17. Anstellung eines Beamten der städtischen Sparkasse.
18. Bewilligung von Mitteln

zum Ankauf eines Privatgebäudes und für Instandsetzungsarbeiten.

Danzig, den 18. Februar 1920.

Der Vorsitzende der Stadtkonferenzversammlung: gez. Krusch.

## Messe-Sonderzüge.

Während der Danziger Messe verkehrt zwischen Danzig und Warschau ein Nacht Schnellzug in folgendem Fahrplan:

1015 nachm. M. E. Z.	ab Danzig	an 800 vorm. M. E. Z.
1048	an Warschau	ab 717
1210 vorm.	ab Warschau	an 604
1238	an Danzig	ab 518
150	ab Danzig	an 518
170	an Danzig	ab 454
181	ab Danzig	an 454
214	an Danzig	ab 320
235	ab Danzig	an 310
408	an Danzig	ab 211
530	ab Danzig	an 211

welter nach Warschau — Warschau — Warschau an 10<sup>00</sup> vorm. O. E. Z.

Der Zug Danzig—Warschau ist erstmalig in der Nacht vom 14. zum 15. Februar gefahren, und verkehrt letztmalig in der Nacht vom 29. Februar zum 1. März 1920. Der Zug Warschau—Danzig ist in der vergangenen Nacht zum ersten Male gefahren, und verkehrt letztmalig in der Nacht vom 1. zum 2. März 1920. Die Züge führen Schlafwagen; der Zug in der Richtung Danzig—Warschau jedoch erst vom 16. Februar ab, und 2 Kurzwagen Danzig—Posen.

Zur Bewältigung des Danziger Eisenbahnverkehrs während der Messe verkehrt vom 15. d. Mts. ein Schnellzug Charlottenburg—Danzig. Der Zug fährt von Charlottenburg ab 9.12 Uhr abends und trifft in Danzig 7.30 Uhr morgens ein. Vom 16. d. Mts. ab fährt ein Schnellzug Danzig—Charlottenburg ab Danzig 10.30 Uhr abends, an Charlottenburg 7.02 Uhr morgens. Der Schnellzug Charlottenburg—Danzig verkehrt letztmalig in der Nacht vom 25. zum 26. Februar, der Gegenzug vom 26. zum 27. Februar. Die Züge gehen über Schneidemühl und Pilsch. Es findet durchgehender Fahrkartenerwerb und Gepäckabfertigung statt. Als Bahn genügt eine amtliche Bescheinigung mit dem Vermerk „Für Messe Danzig“ Zeltrevision von polnischer Seite findet nicht statt.

## Wie man schläft.

Eine Schiebergesellschaft von 12 Personen hatte sich dieser Tage vor der Strafkammer wegen Urkundenfälschung, Diebstahls und Schleicherei zu verantworten. Es handelte sich um den Diebstahl von 2 Waggons schottischer Gerlinge im Werte von etwa 100 000 Mark. Angeklagt waren der Eisenbahnarbeiter Josef Rudelkorn, der Eisenbahngeselle Ludwig Kewitz, der Schlosser Eugen Deutschland, der Schneidermeister in unserer Zeitung der Meldung von diesem Diebstahl (siehe Nr. 18.) der Gastwirt Ernst Grohkreuz, der Monteur Thomas Bernstedt, der Kaufmann Wilhelm Soch, der Kaufmann Paul Röhr, der Kaufmann Georg Röhr, der Kaufmann Theophil Majewski, der Händler Franz Pallasch, der Handlungsgehilfe Wilhelm Wendel und der Fuhrhalter Franz Drosdowski. Die Straftaten wurden Ende Oktober in Neufahrwasser und Danzig begangen. Tamals hatte die Firma Id 5 Waggons schottische Gerlinge von Neufahrwasser nach Alms zu befördern. Sie stellte einen Kreditbrief aus. Den die ersten vier Angeklagten stahlen. Sie schickten den Kreditbrief zurück und erließen ihn durch einen gefälschten. Nach diesem gefälschten Kreditbrief sandte ein „Mag. Girsch“ an einen „Moritz Liebenthal“ 2 Waggons schottische Gerlinge in Höhe von Neufahrwasser nach dem Bahnhof Berger. Diese mehrstündige Sendung von Uebersee nach Neufahrwasser wurde von der Bahn umbeanstandet in Danzig ausgeliefert. Die beiden Waggons wurden auf dem Wege von Neufahrwasser nach Danzig, vielsicht in Salpe unter diese falsche Adresse gebracht und abgeköpft. In Danzig wurden die Waggons entladen und Drosdowski besetzte die Abfuhr. Deutschland, der bekannte Sporalist, ist vermutlich der unbekannte „Moritz Liebenthal“, doch konnte dies nicht erwiesen werden. Er hat die Urkundenfälschung begangen. Rudelkorn behauptete, daß Grohkreuz ihm eine Handgranate gegeben habe mit der Aufforderung, einen Aufseher zu beiseitigen, der die Diebstahle erschwere und verhindere. Doch Grohkreuz bestreitet diese Behauptung. Der Wert der Lohne Gerlinge wird auf 600 bis 700 Mark angegeben. Pallasch kaufte einen Wagon mit 80 Löhnen Gerlinge für 26 400 Mark, die Lohne zu 330 Mark. Die übrigen Angeklagten vermittelten den Verkauf der Gerlinge in Danzig, oder kauften die Ware selber für noch geringere Preise. Einen geistreichen Jakob sich Soch's 9000 Mark zum Ankauf von Gerlingen. Dieser Jakob war nicht angeklagt, sondern erschien als Zeuge. Paul Röhr hermittelte den Verkauf an seinen Bruder, Drosdowski, fuhr die Gerlinge vom Bahnhof ab und verkaufte auch einen Teil von ihnen. Alle diese Angeklagten waren bei dem Verkauf der Gerlinge beteiligt und deshalb der Schleicherei beschuldigt. Die „Kaufleute“, die zum Teil gar nicht im Kreditbuch stehen, haben sich jetzt teilweise als Großhändler angeboten und sogar die Handelsverhältnisse erhalten. Die Schiebererei wurde durch einen Bürgerwehmann entdeckt. Er bemerkte einen verdächtigen Wagon, der Gerlinge abfuhr, Neugierig und ungläubig, wie die Polizei nun einmal ist, erwiderte sie sich nach dem Zweck und Ziel dieser Abfuhr. Die Sache erschien unklar, und es erfolgte deshalb Beschlagnahme und Vernehmung vor die Kriminalpolizei. Diese forschte weiter nach und leitete so den ganzen Schwindel. Die Angeklagten hatten sich zu ihrem Schutze reichlich mit Verdächtigen versehen, um ihre Unschuld zu zeigen. Die Verhandlung dauerte 7 Stunden. Das Gericht kam zu folgendem Urteil: Soch, Paul und Georg Röhr, Majewski und Wendel wurden wegen Schleicherei freigesprochen, da man ihnen glaubte, daß sie die diebstahlige Herkunft der Waren nicht kannten. Wegen Diebstahls im Rückfalle und Urkundenfälschung wurde Drosdowski zu einem Jahr, bei Weggung des Urteils wegen Diebstahls Rudelkorn zu einem Jahr, bei Weggung des Urteils wegen Urkundenfälschung Grohkreuz zu 3 Monaten Gefängnis, bei Weggung des Urteils Grohkreuz zu 1 Monat Gefängnis, bei Weggung des Urteils Pallasch 6 Monate Gefängnis und Drosdowski 3 Monate Gefängnis. Die Untersuchung wurde von der Wache des Polizeipräsidiums durch den Kriminalkommissar Synniewski geführt.

Das englische Lager in Danzig. In einem Gebäude der 1. Infanteriebrigade ist eine englische Sanitätskompanie untergebracht. Das eigentliche Lager mit 100 Betten wird jedoch in den Räumen der beiden Offizierskasinos eingerichtet. Augenblicklich sind hier die Handwerker tätig. In den übrigen Räumen der Kasinos ist die Stoffschneiderei und in der Trankkassette die Pferdebestattung der Eisenbahn untergebracht.

Das Arbeiter-Sportfest. In einem Gebäude der 1. Infanteriebrigade ist eine englische Sanitätskompanie untergebracht. Das eigentliche Lager mit 100 Betten wird jedoch in den Räumen der beiden Offizierskasinos eingerichtet. Augenblicklich sind hier die Handwerker tätig. In den übrigen Räumen der Kasinos ist die Stoffschneiderei und in der Trankkassette die Pferdebestattung der Eisenbahn untergebracht.

derzeit „Chro. Männerturnverein Heubude“, „Freie Turnerschaft“ Danzig, Arbeiter-Wanderer-Verein „Die Naturfreunde“, Arbeiter-Radsportverein „Vorwärts“ und 1 Vertreter vom „Sportklub Danzig“, der als Gast teilnahm. Nachdem die einzelnen Vereine zur Gründung des Sportfestes Stellung genommen hatten, erklärten folgende Vereine endgültig ihren Beitritt zum Sportfest: „Freie Turnerschaft Danzig“, Arbeiter-Radsportverein „Vorwärts“, Arbeiter-Wanderer-Verein „Die Naturfreunde“, Männerturnverein Heubude“ und der Gesangverein „Freier Sänger“. Die übrigen Gesangvereine sowie die Jugendorganisationen aller Richtungen lehnten den Beitritt zum Sportfest ab, da sie sich keinerlei Vorteile davon versprochen. Nach Durchberatung der von der Zentralkommission für Sport und Körperpflege empfohlenen Satzungen wurden diese mit einigen Änderungen angenommen. In den Ausschüß wurden folgende Personen gewählt: Artur, 1. Vorsitzender, Reumann, 2. Vorsitzender, Fischer, Kassierer, als Revisoren die Gewissen Prillwitz und David. Die beiden Schriftführerposten wurden für die Vertreter des Heubuder Turnvereins und des Sportklubs Danzig freigelassen. Die beiden Anträge der „Freien Turnerschaft Danzig“, sobald wie möglich eine öffentliche Versammlung abzuhalten und zu Pfingsten ein großes Arbeiter-Sportfest abzuhalten, wurden zur nächsten Versammlung, die am 6. März stattfinden soll, vertagt. Der 1. Vorsitzende wurde beauftragt, sofort den Verkehr mit der Zentralkommission aufzunehmen, der 2. Vorsitzende erhielt den Auftrag, mit der hiesigen Arbeiter-Presse in Verbindung zu treten. In der Hoffnung, daß das Sportfest recht tatkräftig im Sinne der modernen Arbeiterbewegung arbeiten möge, wurde die Versammlung geschlossen.

Gesangverein Sängergesetz. Übungsstunde für gemischten Chor am Dienstag, den 17. d. Mts. Männerchor am Mittwoch, den 18. d. Mts. Der Gesangverein wirkt bei der Befestigung am kommenden Sonntag mit. Die Mitglieder werden daher dringend gebeten, die Übungsstunden nicht zu versäumen.

Polizeibericht vom 15. und 16. Februar 1920. Verhaftet: 11 Personen, darunter 4 wegen Diebstahls, 1 wegen Verdachts des Raubes, 1 wegen Sachbeschädigung, 1 wegen Betrugs und Erpressung und 4 in Polizeihaft — Gefunden: 1 Eisenbahnfahrkarte für Karl Birth, 1 fälschliche Bogenkarte mit Karte, abgehoben aus dem Fremdbureau des Polizeipräsidiums.

## Wasserstandsberichte am 16. Februar 1920.

	gestern	heute	gestern	heute
Thorn	+3,04	+3,18	Diesch	+3,28 +3,48
Fordon	+2,84	+2,68	Dirschau	+3,58 +3,76
Culm	+2,81	+3,00	Einlage	+2,90 +2,93
Graudenz	+2,92	+3,04	Schwienhorst	+2,90 +2,90
Rurzebrak	+3,26	+3,42	Mollsdorf	+3,12 +3,31
Thomauerforde	+3,12	+3,31	Anwachs	+3,12 +3,31

## Nus dem Freistadtbezirk.

Zoppot. Die Jahreshauptversammlung der hiesigen Sozialdemokratischen (Mehrheit) Partei findet am Mittwoch, den 18. d. Mts. im Viktoriahotel statt. Gerolf Schönmacher wird über die Sozialdemokratie und Freistaat Danzig referieren, worauf Vorstandswahlen stattfinden.

Gegen die Forderung Zoppots zum Kreise Danziger Höhe ist von allen Kreisen der Bezirk Danzig Einspruch erhoben worden.

## Letzte Nachrichten.

### Auslieferung der deutschen Handelsflotte.

Berlin, 14. Febr. (W. B.) Der einzigen Tagen hat die Reparationskommission der deutschen Kriegslastenkommission eine wesentliche Rolle zugehen lassen, um die Auslieferung der Flotte zu Artikel 236 des Friedensvertrages zu veranlassen. In dieser sind die Bestimmungen über die Auslieferung der Handelsflotte und Binnenflotten sowie die Pflichten der Besatzungen enthalten. Ueber die zahlreichen Vorschläge, welche die Reparationskommission in ihrer Rolle macht, sind Beratungen im Gange. Ebenso wird das städtische Material, welches als Material zu beschaffen ist, vorbereitet. In dieser Zeit wird alsdann eine Kommission zu diesem Zweck anfangs deutsche Kommission mit den Alliierten über die Angelegenheit verhandeln. Bei den Verhandlungen wird es sich hauptsächlich um die Auslieferung der gedachten Bestimmungen des Friedensvertrages sowie darum handeln, die praktische Durchführung derselben in wirtschaftlich erträglicher Form zu erwirken.

### Donnings Rücktritt.

Washington, 14. Februar. (Reuter.) Staatssekretär Donning hat sein Amt niederzulegen angekündigt. Präsident Wilson hat das Gesuch genehmigt.

Washington, 14. Febr. (Reuter.) Wall Street wird zum heutigen Tag ruhig geschlossen.

### Veröffentlichung auch der englischen Münzen.

London, 18. Februar. (W. B.) Die Regierung hat einen Gesetzentwurf über die Prägung von Silbermünzen eingebracht, durch den der Gehalt der Silbermünzen, die in Zukunft geprägt werden, von 800 auf 900 erhöht wird. Gegenwärtig erfolgt die Herstellung dieser Münzen mit Verlust.

### Schwedischer sozialdemokratischer Kongress.

Der Kongress der schwedischen Sozialdemokratie wurde am Sonntag in Stockholm eröffnet. Branting hielt die Eröffnungsrede in der er ausführte, daß der Kongress des Jahres 1917 die Richtlinien ergeben habe, nach denen die gegenwärtige Regierung gebildet sei. Der schwedische Staat könne heute als ein demokratischer gelten, in dem die Entscheidung dem Volk selbst in die Hand gegeben sei. Bei dem jetzigen Kampf um die Sozialisierung sei nicht das Ziel die Diktatur der Arbeiterklassen, sondern die Schaffung einer sozialistischen Produktionsorganisation auf demokratischer Grundlage.

Verantwortlich für den politischen Teil Ernst Soch, für den unpolitischen Teil Ernst Soch, für die Unterhaltungsbeilage Kurt Soch, für die Infanterie Bruno Soch, für die Danziger Zeitung in Danzig. Druck und Verlag J. Gehl & Co. Danzig.

### Kessel vor Gericht.

Am Montag nachmittag eröffnet der Vorsitzende, Kriegsgerichtsrat Ehrhardt, die Sitzung mit der Verlesung eines vom leserlich geschriebenen Briefes, der an den Vorsitzenden des Kessel-Prozesses gerichtet ist, und in welchem ihm gedroht wird, daß ein Mann im Zuhörerraum, der einen Revolver bei sich habe, sechs Kugeln auf ihn richten würde, falls Kessel verurteilt werden sollte. Dem Anschein nach rührt der Brief von einem Reichwehrsoldaten her. Kriegsgerichtsrat Ehrhardt bemerkt dazu mit erhobener Stimme:

Sollte der betreffende Herr im Zuhörerraum sitzen, so möge er sich melden. Ich bemerke, daß der deutsche Richter sein schweres Amt unbekümmert, ob rechts oder links, einzig nach den Gesichtspunkten der Gerechtigkeit ausübt.

Im Mittelpunkt des dritten Verhandlungstages stehen die Auslagen des Hauptmanns Papst, die verlesen werden, da Zeuge krank im Bett liegt. Papst sagt unter Zeugeneid neben anderem folgendes aus:

Es ist möglich, daß ich mit dem Angeklagten schon vor dem 1. Juni 1919 über die Folgen einer Gerichtsverhandlung Karloh gesprochen habe und mich dem Sinne nach etwa dahin geäußert habe, daß es unter Berücksichtigung der damaligen politisch erregten Zeiten nicht erwünscht wäre, daß eine Verhandlung in jener Zeit stattfindet. Vor der Flucht Karlohs hatte ich, wie ich bestimmt weiß, ein Gespräch mit dem Reichswehrminister Koste in Gegenwart des damaligen Adjutanten Major v. Gilla. Der Reichswehrminister gab seine Ansicht unzweideutig zu erkennen, dem Sinne nach, daß der Karloh-Prozess unter den damals politischen Zeiten besser zurzeit nicht stattfinden, und zwar aus vaterländischen Gründen. Diese Äußerung des Reichswehrministers

mor aber nicht so gehalten, daß man daraus hätte schließen sollen, es seien ihm aktive Schritte erwünscht, den Karloh-Prozess zu unterdrücken. Daß dem Reichswehrminister damals bekannt war, daß ein Ermittlungsverfahren schwebte, nahm ich als sicher an. Nach Karlohs Flucht sagte ich zu v. Kessel dem Sinne nach: Wenn Karloh nun einmal weg sei, dann sei es besser, daß er auch weg bleibe. Ich sprach dann auch in diesem Zusammenhang zu dem Angeklagten davon, daß auch der Reichswehrminister Koste sich vor einiger Zeit in dem Sinne geäußert habe, daß ein Karloh-Prozess zurzeit unerwünscht sei. Eine bestimmte Direktive wollte ich dem Angeklagten damit nicht geben. Ich betrachtete dies nur als einen kameradschaftlichen Rat.

Von der bevorstehenden Verhaftung Karlohs am 1. Juni war mir nichts bekannt. Deshalb habe ich auch den Angeklagten von der Verhaftung nicht in Kenntnis setzen können. Richtig ist, daß von oberen Dienststellen erzwungen worden ist, die Unterbringung Karlohs in eine Nervenheilanstalt zur Beobachtung auf seinen Geisteszustand zu veranlassen.

Richtig ist, daß der Angeklagte längere Zeit nach der Flucht — es war Ende Juni — mich um Ueberweisung von Geld gebeten hat mit der Begründung, die Verwandten von Karloh hätten größere Geldforderungen gestellt. Ich lehnte dies ab. Bei den verlangten Geldern handelte es sich nicht um reine Dienstgelder, sondern um Beträge, die dem Garde-Kavallerie-Schützenkorps aus Privatband gegeben worden waren. Dem Angeklagten wurden hieraus fortlaufende Gelder zur Verfügung gebracht; er konnte damit für die Staffel machen, was er wollte.

Auf Antrag des Anklagevertreters erfolgt dann die Verlesung der Urteilsformel im Prozeß Karloh. Damit ist die

Beweisaufnahme geschlossen. Das Wort zum Maßstab nimmt nunmehr der Anklagevertreter, Kriegsgerichtsrat Dr. Ullmann.

Er beantragt wegen wissenschaftlichen Meineides 2 Jahre Zuchthaus, die sich aus § 157 R. St. G. B. auf ein Drittel ermäßigen, also auf 8 Monate Zuchthaus, gleich 1 Jahr Gefängnis und Dienstentlassung. Wegen Anstiftung zu unerlaubter Entfernung 6 Monate Festung, wegen Herausforderung zum Zweikampf 1 Woche Festung, die beiden letzten Strafen zusammengezogen auf 6 Monate und 8 Tage Festung.

Nach einer kurzen Pause ergreift der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Asberg, das Wort zu einem dreistündigen Maßstab. Nachdem dann noch der zweite Verteidiger Kessels, Rechtsanwalt Lüttgenbrunne, zum Wort gekommen, wurde die Sitzung auf Dienstag vertagt, da sich der Angeklagte nicht kräftig genug fühlt, um sich zu verteidigen.

Der Beginn der Dienstag-Verhandlungen verzögerte sich ungewöhnlich lange, da der Angeklagte erkrankt ist. Erst kurz vor 12 Uhr eröffnete der Vorsitzende, Kriegsgerichtsrat Ehrhardt, die Sitzung und stellte fest, daß der Angeklagte nicht erschienen ist. — Der Verteidiger Rechtsanwalt Lüttgenbrunne, teilte mit, daß der Angeklagte, der schon gestern krank war, an einer beginnenden Lungenentzündung noch schwerer darniederliege. Es sei alles versucht worden, um den Angeklagten zur Verhandlung zu bringen; v. Kessel sei aber unterwegs zusammengebrochen, und es bestehe somit keine Möglichkeit, heute zu verhandeln.

Der Gerichtshof beschließt, die Verhandlung bis zum 13. Februar, nachmittags 3 Uhr, zu vertagen.

### Ämtliche Bekanntmachungen.

#### Öffentliche Steuermahnung.

Die rückständigen Steuern für das IV. Vierteljahr (Januar, Februar, März 1920) sind bis zum 18. Februar d. Js. an die unterzeichnete Kasse zu entrichten.

Von diesem Tage ab werden die Steuern kostenpflichtig beigetrieben.

Bei Zuführung auf bargeldlosem Wege oder durch die Post hat die Einzahlung unter genauer Bezeichnung des Abänders und des Steuerzeichens so rechtzeitig zu erfolgen, daß der Betrag spätestens am 18. Februar d. Js. der Kasse zugeführt ist, widrigenfalls die Beitreibungskosten fällig werden und mitinzulenden sind.

Diese Bekanntmachung gilt als Mahnung im Sinne des § 7 der Verordnung betreffend das Verwaltungszwangsverfahren vom 15. November 1899.

Mahnung des einzelnen Steuerpflichtigen erfolgt nicht.

Kassentenden werktäglich 8<sup>1/2</sup> — 1 Uhr vormittags.

Danzig, den 12. Februar 1920.

Die Städt. Steuerkasse.

In den Tagen der Messe vom 18. bis 25. d. Mts. finden im Stadttheater keine Abonnementsvorstellungen statt. Der Ausfall wird später ausgeglichen werden.

Danzig, den 12. Februar 1920.

Der Magistrat.

### Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Montag, den 18. Februar 1920, abends 6 Uhr

Dauerkarten E 2.

Die lustigen Weiber von Windsor

Romisch-phantastische Oper in 3 Akten von Nicolai.

Dienstag, den 17. Februar 1920, abends 6 Uhr

Dauerkarten A 1.

Neu einstudiert.

Kammermusik

Zuspiel in 3 Akten von Heinrich Ilgenstein.

Mittwoch, den 18. Februar 1920, abends 6 Uhr

Dauerkarten haben keine Gültigkeit.

Judith

Eine Tragödie in 5 Akten von Friedrich Hebbel.

Donnerstag, den 19. Februar 1920, abends 5<sup>1/2</sup> Uhr

Dauerkarten haben keine Gültigkeit.

Lohengrin

Romantische Oper in 3 Akten von Richard Wagner.

Montag, den 16. Februar 1920, abends 6 Uhr

Kaffeehaus Bürgergarten

Karthäuser Strasse 27

Morgen, Dienstag, d. 17. Februar

Großer Fastnachtsball

mit vielen Überraschungen. Demaskierung im Schneegestöber. Neue verstärkte Musikkapelle.

Antang 5 Uhr.

Der Arbeiter-Bildungsausschuß

Bebel-Bedenäfeier.

Program: Gesang, Rezitationen, Vortrag.

Karten zum Preis von 50 Pfg. sind zu haben im Parteilokal 4, Damm 7 II, in den Verkaufsstellen der Volkshilfe, im Spendhaus und Paradiesgasse, in den Zigarrenhandlungen Gotth. Raab, Lange Brücke und Selin, Schäferhaus und bei den Vereinstenoren. — Anfang 10<sup>1/2</sup> Uhr. (550)

Odeon Eden

Dominikswall Holzmarkt

Vom 17. — 22. Februar.

Der Kolossalfilm

Die siebente Großmacht!!

7 fesselnde atomrasende Akte.

Wer ist die siebente Großmacht???

Was ist die siebente Großmacht???

Versäumen

Sie nicht die Anzahl dieser Kesselfilme.

Extra-Musikbegleitung durch unsere verstärkte Kapellen.

Letzt: Kapellenstr. 8. (546)

Beginn 3 Uhr

## „Die Kunst“

Graphische Ausstellung in der Peinkammer vom 15. bis 25. Februar.

Öffnet von 10 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags.

Eintritt 1 Mk.

### Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Danzig, Büro 4, Damm 7.

Die Auszahlung der Unterstützung für die arbeitslosen Kollegen der Firma Schichau findet an folgenden Tagen statt:

Montag, den 16. Februar Liste A  
Dienstag, den 17. Februar Liste B  
Mittwoch, den 18. Februar Liste C  
in der Zeit von 9 bis 1 Uhr.

Die ausgehändigten Kontrollzettel dienen zur Legitimation. Die Mitglieder müssen ihre Unterstützung persönlich abholen.

Die Ortsverwaltung.  
J. A.: Krahn. (528)

### Jeder Band 3.— Mark.

Erweckt. Ein Roman aus dem Proletariatleben von A. Ger.

Der Gottesdiener. Roman aus dem Leben der erzgebirgischen Walarbeiter von A. Ger.

Verbrechensgeschichten I. Mit einer Einleitung von Franz Diederich.

Als Zwischendeckelung nach Südamerika. Erzählung von Heinrich Neuenhagen.

Vom Walsenhaus zur Fabrik. Geschichte einer Proletariatsfamilie von Dikreiter.

Die Hölle. Eine lustige Erzählung von Otto Ludwig.

Buchhandlung „Volkstimme“  
Am Spendhaus 6 u. Paradiesgasse 32.

### Ein Hausbuch für die Arbeiterschaft

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek

Das Buch ist auf gutem Papier gedruckt, enthält ein prächtiges Model des menschlichen Körpers und viele Illustrationen.

Preis 3.— Mk.

Buchhandlung Volkstimme, Am Spendhaus 6.

### Brennholz

Wer hat Gold gesucht, wend sich direkt a. R. Ledda, Danzig, Paradiesgasse 8-9. (194)

### Korsetts

aus guten Stoffen besonders billig.

### Toska Gunkel

9 Kohlenmarkt 9 gegenüber d. Stadttheater. Filialen in vielen Großstädten.

Empfehle mein

### Zigarren-Geschäft

in (6958)

### Zigarren, Zigaretten

Rau-, Rauch- und Schnupftabak zu billigsten Tagespreisen bitte um wertvolle Unterstützung

### E. Balda

Maghausgasse 5a. Ecke Hundegasse und Melzerstraße 18.

Rheuma, Halsentzündung, Gicht, Ischias, Neuralgie und ähn. Leiden beseitigt sofort das ärztlich erprobte (4266)

### MESAL

Fl. M. 2.75 u. 4.85 allein echt durch:

Adler-Apotheke, Odra, Engel-Tschler, 68 Brog. A. Neumann, Lan. Ma. 103 Brog. A. Jahnke, Weidengasse 12. F. Fasel, Junker, 12. Minerva-Brog 4. am 6. Brog W. Gassner, Alt. G. 10-10. Hansa-Druggerie, Pogorzelski 1. Brog A. Lindenberg, Kohlen 1. K. Koch, 1. D. am 11. V. Schubert, Langgasse 11. H. Schwab, Schilling 7. Th. Wyle, Pilsenermarkt 12. W. W. Druggerie, Paradiesg.

Offene Beinleiden, Krampfaderngeschwüre, alte Wunden, die nicht heilen wollen werden sicher u. schmerzlos geheilt durch

### Draefels Heilfalle, Bänderfalle

bekannt und angewendet. Schachtel Mk. 3.—

Fabrikant und Vertrieb Apotheker Draefel, Erfurt. Zu haben in Danzig in der Engel-Apotheke u. der Bahnhofs-Apotheke. (6024)

### Ziegenfelle Hasenfelle Kaninfelle

sowie alle übrigen Felle u. Felle kauft zu den besten Tagespreisen (517)

Auf Wunsch werden die Felle abgeholt.

### J. S. Bauer,

Filiale Danzig-Schiffbau, Bröschlicher Weg 22.

### Neuerscheinung NEUE SAAT

Gedichte von Kurt Klauer. Preis Mk. 1.50

Ein Arbeiter, der mit uns denkt und mit uns arbeitender tritt mit diesem Werkchen vor die breite Öffentlichkeit. Kein Vermacher, sondern ein Dichter, der die innere Berührung in sich fühlt. Das Büchlein ist durchweht von glühender Liebe zur Freiheit. Es ist so recht geeignet uns zu lehren und zu stärken im Kampfe der Arbeit mit dem Kapital, es ruft zur Einigkeit aller Schaffenden.

Buchhandlung „Volkstimme“ Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32.

### Expeditionen der Danziger Volksstimme

find eingerichtet:

Danzig, Am Spendhaus 6, Paradiesgasse 32, Zigarrengeschäft Nische an der Odbahn 1, Ecke Hauptstraße, Schildh., Barbiergeschäft von Giesemann, Karthäuserstr. 108, Langfuhr, Herr Otto Steinbeiß, Kirchauerweg 12, 1, Neufahrwasser, Herr W. Walter, Sapperstr. 41 b, Seubauer, Th. Lehmann, Wasserstraße 3.

Beschwerden über unrichtige oder unregelmäßige Zustellung sind in den Expeditionen oder bei nachstehenden Zeitungskommunikationsmitgliedern anzubringen:

Mühlke, Spendhausgasse 4, Bachmann, Stiftswinkel 13, Wegner, Seitzgasse 12 a, König, Hohe Seigen 11, Baack, Ballgasse 17, Schröder, Tischergasse 42, Peitzus, Büttelgasse 43, Leonhardt, Langgarten 97, Barth, pl., Falk, Oberstraße 90, Raabe, Karthäuserstraße 38, Erdmann, Weinbergstr. 11 b, Schabach, Unterstr. 33.

### Volkfürsorge, Bibliothek

Öffentlich-rechtliche Arbeiter-Versicherungsgesellschaft

Einzigste Stelle für Erwachsene und Kinder kein Polsterstuhl — Sterbekasse

Zuskunft in den Büros der Arbeiterorganisationen und von der

Regierungsstelle 16 Danzig Bruno Schmidt, Wattenhuben 35.

### Bibliothek

der freien Gewerkschaften

Aachgasse 6

Öffnet Montags, Mittwochs und Samstags von 6 bis 11<sup>1/2</sup> Uhr

Den Mitgliedern der freien Gewerkschaften zum wertvollsten Gebrauch empfohlen

Answeis: Mitgliedskarte ober. Buch



Lichtspiele am Hauptbahnhof.

Bis Donnerstag, d. 19. Februar das große Monumental-Filmwerk

### „Monika Vogelsang“

nach der gleichnamigen Novelle v. Felix Philipp. Ein Drama v. ergreifender Wirkung in 5 Akten und einem Nachspiel.

Titelrolle: Henny Porten.

Ferner: Golan Golan, Gudo Gudo

Ein ergötzliches Lustspiel von sprudelndem Witz und Humor in 3 Akten mit Richard Alexander. Vorstellungen täglich: 3, 5 und 7<sup>1/2</sup> Uhr.

Wir empfehlen dringend den Besuch der ersten Vorstellung. Es ist unvermeidlich, daß die Besucher der späteren Vorstellungen auf Plätze warten müssen.